
Für einen starken Werkplatz und eine Währungspolitik im Interesse aller

Gut drei Jahre nach dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Gefahr einer zweiten Rezession alles andere als gebannt. Der Schweiz droht als Folge der Instabilität an den Finanzmärkten und des massiv überbewerteten Franken jetzt nicht nur ein weiterer Konjunkturerinbruch: Die aktuelle Währungssituation birgt die Gefahr einer anhaltenden Stagnation und einer Desindustrialisierung. Dem Werkplatz Schweiz drohen Produktionsverlagerungen ins Ausland und somit der Verlust an über Jahrzehnte aufgebautem industriellen Knowhow. Zum überhöhten Frankenkurs kann nicht mehr kostendeckend produziert und verkauft werden. Gefährdet ist der gesamte direkt und indirekt exportabhängige industrielle Sektor der Schweiz. Gleichzeitig wird die aktuelle Krise von verschiedenen Unternehmen als Vorwand genutzt, um die Löhne und Sozialleistungen zu drücken und von den Arbeitnehmenden noch höhere Leistungen einzufordern. Den Lohnabhängigen wird das Wechselkursrisiko aufgebürdet, um die unter Druck geratenen Gewinnmargen zu verteidigen.

Die SP Schweiz verlangt zum Schutz der Arbeitnehmenden und der gesamten Volkswirtschaft folgende Massnahmen:

- Die Kursuntergrenze zum Euro muss umgehend auf mindestens 1.40 Franken angehoben werden. Dieser logische Folgeschritt auf die im September festgelegte Kursuntergrenze von 1.20 wurde bisher von der Nationalbank aus unverständlichen Gründen unterlassen. Unverständlich ist auch, dass die reale Wirtschaft den Druck auf die SNB nicht erhöht, zumal eingestanden wird, dass der zu starke Franken Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Industrie, im Export und im Tourismus kosten wird.
- Die Nationalbank hat den verfassungsrechtlichen Auftrag, der konjunkturellen Entwicklung bei der Währungspolitik Rechnung zu tragen. Die Negativsteuerung und die schleppende Konjunktur erfordern sofortiges Handeln.
- Sollte die SNB den verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Auftrag nicht ernst nehmen, so muss die Nationalbank dazu verpflichtet werden bei ihrer Währungspolitik die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung zu beachten. Ein entsprechender Auftrag hat auch die US-amerikanische Notenbank.
- Das Wechselkursrisiko darf nicht auf die Lohnabhängigen abgeschoben werden. Unzulässig sind Löhne, die an die Wechselkurse gekoppelt werden wie auch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wie z.B. längere Arbeitszeiten bei gleichem Lohn.
- Die Schweiz braucht eine Industrie- und Technologiepolitik mit Zukunft. Mit einer Cleantech-Strategie werden die Zukunft des Werkplatzes gesichert und gleichzeitig Zehntausende von Arbeitsplätzen geschaffen. Der industrielle Sektor muss auch mit einer Forschungs- und Bildungsoffensive gestärkt werden..
- Nötig ist weiter eine konsequente Umsetzung und Ergänzung der flankierenden Massnahmen am Arbeitsmarkt. Missbräuche der Personenfreizügigkeit müssen verhindert und Sanktionen

auch verhängt und durchgesetzt werden. Die Mindestlöhne müssen angehoben werden. Ein wichtiges Instrument dazu ist die soeben zustande gekommene Initiative für einen nationale Mindestlohn von rund 4'000 Franken. Dieses Begehren muss so rasch als möglich umgesetzt werden. Das sichert auch die nötige Nachfrage zur Stützung der Konjunktur.